

Stellungnahme zum Antrag

DIE LINKE-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2022/0207/2**

Verantwortlich: **Dez. 4**

Dienststelle: **Stadtkämmerei**

Kommunaler Maßnahmenplan zur Verhinderung von Energiearmut

Antrag: DIE LINKE.

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	27.09.2022	24.1	x	

Kurzfassung

Die bisherigen und die noch zu erwartenden Preissteigerungen für Strom und Gas stellen eine Herausforderung für alle dar. Die beantragte Einrichtung eines Unterstützungs-Fonds, der 50% der Kosten für Strom und Gas für Leistungsberechtigte für den Karlsruher Pass übernimmt, wäre eine neue zusätzliche freiwillige Leistung der Stadt.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Nicht abschätzbar	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:		
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input checked="" type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.		
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Ergänzende Erläuterungen

Mit der Einrichtung des beantragten Unterstützungs-Fonds für Leistungsberechtigte des Karlsruher Pass, würde die Stadt eine zusätzliche freiwillige Aufgabe übernehmen, die vollständig von der Stadt zu tragen wäre. Es wird empfohlen abzuwarten, welche Lösungsansätze hierfür von Bund und Land entwickelt werden. Für die Stadt, die sich aktuell in einem Haushaltssicherungsprozess befindet, sollte zunächst die Sicherstellung/Finanzierung der bereits bestehenden Aufgaben mit den vorhandenen Mitteln Vorrang haben. Eine Einschätzung der zu erwartenden Kosten ist derzeit nur schwerlich zu treffen.

Die Begrenzung der Unterstützung auf die Energieträger Strom und Gas ist aus Sicht der Verwaltung nicht nachvollziehbar.